



DIE WELT, 07.06.2019, Nr. 131, S. 10 / Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: Wirtschaft

Gesucht: Visionen für die **Energiewende**

Kommission kritisiert Fortschrittsbericht der Regierung zum ökologischen Umbau der **Energieversorgung**

Daniel Wetzel

Ursprünglich wollte die Bundesregierung bei der **Energiewende** nichts dem Zufall überlassen. Seit 2011 wird jedes Jahr in einem "Monitoringbericht" der Stand des ökologischen Umbaus der **Energieversorgung** festgestellt. Zudem sollten alle drei Jahre in einem umfassenderen "Fortschrittsbericht" zukunftsgerichtete Maßnahmen vorgeschlagen werden, "um Hemmnisse zu beseitigen und die Ziele zu erreichen".

Nach einiger Verzögerung liegt nun der zweite große Fortschrittsbericht zur **Energiewende** vor. Doch das Papier aus dem Hause von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) liefert nicht das, was es soll. Eine von der Bundesregierung selbst eingesetzte unabhängige Expertenkommission äußert sich in ihrer rund 200 Seiten starken Stellungnahme enttäuscht über den Fortschrittsbericht der Regierung: Perspektiven über die Zeit bis 2030 würden dort nicht entwickelt.

"Der zweite Fortschrittsbericht wäre eine gute Gelegenheit gewesen, den Koalitionsvertrag aus dem Frühjahr 2018 und den Klimaschutzplan der Bundesregierung mit Blick auf die **Energiewende** zu konkretisieren", heißt es im Kommentar der Expertengruppe um den Münsteraner Wissenschaftler Andreas Löschel.

Doch die Chance wurde vertan: Statt die mögliche Lösung zukünftiger Probleme zu analysieren, erschöpfte sich der Fortschrittsbericht in einer reinen Sachstandsbeschreibung und unterschied sich damit nicht von den üblichen Jahresberichten, kritisierten die Gutachter: "Der vorliegende Fortschrittsbericht gleicht aus Sicht der Expertenkommission eher einem Monitoringbericht."

Zwar hatten die Beamten Unterkapitel mit Titeln wie "Ausblick" und "Schlussfolgerungen" angefügt. Doch was dort drinstehe, sei "angesichts der zu erwartenden Zielverfehlungen in wesentlichen Bereichen der **Energiewende** in den Vorschlägen nicht überzeugend". "Konkrete relevante Maßnahmen" würden dort zudem "nicht in Aussicht gestellt".

Die unabhängige Expertenkommission stellt ihrerseits fest, dass die Fortschritte der **Energiewende** den Zielen in fast allen Bereichen stark hinterherhinken, sei es bei der Senkung der CO₂-Emissionen, bei der Steigerung der **Energieproduktivität** oder der Senkung des Primärenergieverbrauchs.

Der Expertenkommission gehören neben dem Vorsitzenden Löschel noch Georg Erdmann von der TU Berlin, Frithjof Staiß vom Zentrum für **Sonnenenergie**- und Wasserstoffforschung (ZSW) und Hans-Joachim Ziesing von der Arbeitsgemeinschaft **Energiebilanzen** an. Der Kommentar der Gruppe zum Fortschrittsbericht konzentriert sich auf den Vorwurf, dass sich die Bundesregierung im Mikromanagement einer unübersehbaren Zahl von Förderprogrammen verliere, ohne dabei die nötigen Fortschritte zu erzielen. Beispielhaft nennen die Experten den Nationalen Aktionsplan **Energieeffizienz** (NAPE).

Das zentrale Strategiepapier der Bundesregierung zur Steigerung der **Energieeffizienz** enthält eine Liste von 18 Förderprogrammen, die in den Jahren 2016 und 2017 rund 15 Millionen Tonnen CO₂ eingespart hätten. Allerdings steht allein das Gebäudesanierungsprogramm für 64 Prozent dieses Sparerfolgs. Elf der Förder- und Beratungsprogramme der Bundesregierung erwiesen sich beim CO₂-Sparen praktisch als Totalausfall.

Anstatt sich weiter in einem Dschungel kleinteiliger Förderprogramme zu verlieren, rät die Löschel-Kommission der Bundesregierung zu einer umfangreichen **Energiepreisreform**. Die EEG-Umlage und die KWK-Umlage zur Subventionierung von Kraft-Wärme-Kopplung sollten abgeschafft werden und stattdessen ein CO₂-bezogener Zuschlag auf fossile **Energieträger** eingeführt werden. Nach den Berechnungen der Expertenkommission würde ein CO₂-Preis von 30 Euro pro Tonne einen Durchschnittshaushalt um 60 Euro pro Jahr entlasten, weil im Gegenzug zahlreiche **Energiewendeumlagen** wegfallen.

Um den gesellschaftlich gewünschten starken Fortschritt im Klimaschutz zu erzielen, empfiehlt die Expertenkommission einen Preis von 50 Euro je Tonne CO₂. Bei gleichzeitiger Entlastung vom Strompreis würde das bei einem Durchschnittshaushalt zu einer Mehrbelastung von 90 Euro pro Jahr oder 0,2 Prozent des Nettoeinkommens führen. Dabei müsse sich die Politik allerdings um die Belange der besonders Betroffenen kümmern, also etwa der ländlichen Haushalte ("unsanierte Pendler") oder der exportorientierten Industrie.

Mit diesem Vorschlag hat das Gutachtergremium eine Aufgabe absolviert, die eigentlich die Bundesregierung hätte erbringen müssen. Doch in dem von der Bundesregierung selbst formulierten Fortschrittsbericht wird nur kurz und cursorisch auf die Möglichkeit einer CO₂-Bepreisung eingegangen. Aus Sicht der Expertenkommission ein Fehler: Durch die von ihr vorgeschlagene **Energiepreisreform** würde jährlich ein Finanzvolumen von rund 50 Milliarden Euro bewegt, "was zweifelsohne große Auswirkungen auf die Entwicklung der **Energiewende** und der Treibhausgasemissionen haben wird".

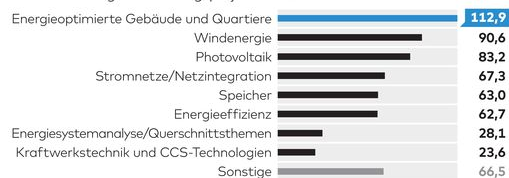
Ihr Vorschlag, so die Experten, "etabliert die CO₂-Bepreisung als Leitinstrument der **Energiewende**". Die **Energiepreisreform** würde "die Wettbewerbsfähigkeit fossiler **Energien** schmälern, die Chancen für **Erneuerbare Energien** verbessern und Perspektiven für neue Geschäftsmodelle schaffen, die nicht von den - in der Vergangenheit häufig erratischen - staatlichen Förder- und Detailregelungen abhängen". Aus Sicht der Expertenkommission würde die aufkommensneutrale Reform "die ins Stocken geratene **Energiewende** revitalisieren, ohne den Staatshaushalt oder die **Energieletzterverbraucher** insgesamt höheren finanziellen Belastungen auszusetzen".

Wirtschaftsminister Altmaier verteidigte den Bericht aus seinem Hause. "Der Fortschrittsbericht zeigt: Wir haben bereits einiges erreicht, ein gutes Stück des Weges liegt aber auch noch vor uns", sagte Altmaier. "Eines ist gerade für mich als Wirtschaftsminister klar: Geschäftsmodelle werden in Zukunft nur noch dann erfolgreich sein, wenn sie die **Energiewende** und den Klimaschutz mitdenken." Dies sei eine Herausforderung, aber auch eine große Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Deutschland liege beim Ausbau der erneuerbaren **Energien** auf Zielkurs. "Jetzt geht es darum, die **Energiewende** weiter sicher, bezahlbar und umweltverträglich voran zu bringen."

Daniel Wetzel

Energiewende – Mittelvolumen für neue Projekte

Für neu bewilligte Forschungsprojekte* in Deutschland 2018 in Mio. Euro

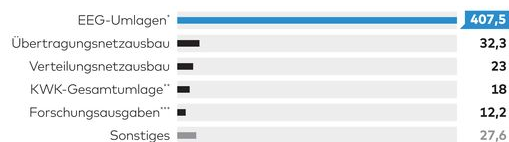


WELT

* Berücksichtigt: vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Forschungsprojekte für die Energiewende. Quelle: BMWi

Kosten der Energiewende

Prognostizierte Kosten der Energiewende insgesamt bis 2025 in Mrd. Euro



WELT

* EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz ** KWK = Kraft-Wärme-Kopplung (gleichzeitige Gewinnung von elektrischer Energie und nutzbarer Wärme für Heizzwecke oder für Produktionsprozesse in der Industrie) *** Bund und Länder. Quelle: Handelsblatt, DICE Consult, BMWi

Quelle: DIE WELT, 07.06.2019, Nr. 131, S. 10

Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: Wirtschaft

Dokumentnummer: 164290681

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_a09f03150340f153ce8f351a33574313759c9b02

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH